

## **Justizsenatorin Badenberg: Schutz für Wahlkämpfer wird ausgeweitet**

Berlins Justizsenatorin Badenberg fordert besseren Schutz für Wahlkämpfer nach rassistischen Angriffen. Strafgesetzbuch soll erweitert werden.

### **Sicherheit von Wahlkämpfern im Fokus: Neue Initiativen in Berlin**

Die Besorgnis über die Sicherheit von politischen Aktivisten hat in den letzten Monaten zugenommen, insbesondere nach mehreren Vorfällen, bei denen Vertreter verschiedener Parteien angegriffen wurden. Dies hat Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) auf den Plan gerufen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit von Wahlkämpfern zu erhöhen und ihre Stellung im deutschen Strafrecht zu stärken.

### **Vorfall als Alarmzeichen**

Der rassistische Angriff auf die Cottbuser CDU-Politikerin Adeline Abimnwi Awemo hat besonders große Wellen geschlagen. Während sie am Donnerstagabend Wahlplakate aufhängte, wurde sie von einer 29-Jährigen verbal sowie körperlich angegriffen und ging leicht verletzt aus diesem Vorfall hervor. Die Polizei ermittelt nun wegen Volksverhetzung und Körperverletzung. Solche Angriffe sind nicht nur persönlich tragisch für die Betroffenen, sondern sie überlagern auch die demokratischen Prinzipien, die politisches Engagement schützen sollten.

## **Erweiterung des Strafgesetzbuchs gefordert**

Badenberg betonte, dass die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, die den Schutz von Amts- und Mandatsträgern vor Übergriffen garantieren, unzureichend sind. „Menschen, die sich politisch engagieren, sind besonders bedroht“, erklärte sie. Ihre Initiative, eine umfassendere rechtliche Absicherung für auch kommunale Politiker und Wahlkämpfer zu schaffen, wird als notwendiger Schritt gewertet, um sicherzustellen, dass jeder, der sich in der Politik engagiert, angemessen geschützt ist.

## **Die Wahl im September als weiterer Grund zur Mobilisierung**

Awemo plant, bei der Landtagswahl am 22. September als Direktkandidatin der CDU im Wahlkreis Cottbus-Süd anzutreten und sieht sich trotz des Angriffs nicht von ihrem Vorhaben abgehalten. „Ich hänge die Plakate weiter auf, weil es wichtig ist, dass meine Stimme gehört wird“, erklärte sie. Diese Entschlossenheit unterstreicht die Resilienz von Politikern in schwierigen Zeiten und stellt die Frage nach der kontinuierlichen Unterstützung und dem Schutz für solche individualistischen Engagements.

## **Ein Aufruf zu mehr Sicherheit**

Die Vorfälle zeigen, wie wichtig es ist, sowohl auf gesetzlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene für die Sicherheit politischer Akteure einzutreten. Die geplante Bundesratsinitiative von Badenberg könnte dazu beitragen, eine Atmosphäre zu schaffen, in der politisches Engagement gefahrloser praktiziert werden kann. Ein starkes Signal gegen Gewalt und Diskriminierung, das für viele eine Schlüsselfrage in einer sich wandelnden politischen Landschaft darstellt.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**